

# Nebraner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köfelen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köfelen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köfelen Nr. 221. — Postkontonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Albern.

Nr 67

Donnerstag, den 5. Juni 1930

43. Jahrgang

## Eine folgenschwere Sitzung.

**Arbeitslosenversicherung und Finanzen.**  
Berlin, 4. Juni.  
Das Reichsministerium ist am Dienstagabend um 6 Uhr zusammengetreten. Die Kabinetsitzung galt den Vorfragen des Arbeitslosenversicherung und den Finanzen des Reichsfinanzministers Dr. Meißner zur Sanierung der Kaffeelage und des Etats. Von den ersten heißt es, daß sie durch Abstellung von Mißbräuchen und durch andere Reformen in der Arbeitslosenversicherung rund 1/4 Milliarde erbringen sollen, wobei die Einnahmeerhebungen aus der Erhöhung der Beiträge noch aufzuheben sind. Hinsichtlich der Ausgabenentlastung ist neues über die am Montag bekannt gewordenen Vorläufe hinaus noch kaum festgestellt.  
In Regierungskreisen wird nach wie vor bewußt, daß das Notopfer für die Festhalten des Beitrags zur Deckung des Defizits noch eine besondere Rolle spielt, während auf der anderen Seite nicht zu bestreiten ist, daß sowohl in Arbeitslosenversicherung als auch in der Industrie immer noch an diesem Gedanken festgehalten wird.  
Hebrigen muß man auch auf Seiten der Regierung damit rechnen, daß beim Scheitern erlangener Vorläufe wieder auf diesen Ausweg zurückgegriffen werden kann. Es fehlt überhaupt an allen Finanzplänen wie schon seit Jahrzehnten in Deutschland eine einheitliche volkswirtschaftliche Linie.

Dabei ist jetzt ein Ereignis eingetreten, das selbst die unbedingten Anhänger ihrer Finanzpolitik von Fall zu Fall stutzig machen mußte.  
Die Steuererträge des Reiches sind — und aus ähnlichen Gründen auch die Folgeerträge — trotz oder wahrscheinlich wegen der Vermehrung und Erhöhung der Steuern vermindert worden. Der Grund ist hier die deutsche Wirtschaft in übermäßigem Verfall.  
Das sollte zu einem Warnungsschrei werden, Finanzreformen von jetzt an nicht mehr nach den Augenblicksbedürfnissen und Werten der Kaffe, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treiben und vor allem ein gesundes Verhältnis zwischen den Anforderungen des Reiches und der Kaufkraft und Steuerkraft der Bevölkerung herbeizuführen.

## Eine unangenehme Überraschung.

100 Millionen Reichsmark für die B. J. 3.  
— Frankfurt a. M., 4. Juni.  
Die Einlage, die die Reichsregierung laut der Anlage des des Haager Abkommens an die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich zu entrichten hat, ist bei der B. J. 3. geleistet worden.  
Die Einlage ist — unerwartet — 50 Prozent des Durchschnittpubens der Reparationsgläubiger betragen, 100 Millionen Reichsmark oder nicht übersteigen. Da die Mindesteinlage, welche die Gläubiger zu entrichten haben, nach der Anlage des Haager Abkommens 125 Millionen Reichsmark betragen soll, man in Berlin mit einer Einlagepflicht von etwa 60—65 Millionen gerechnet und dementsprechend im neuen Etat einen Betrag von 65 Millionen revidiert, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er je nach den tatsächlichen Erfordernissen auch erhöht werden könne. Da der Generalagent, wie sich aus seinen letzten Mitteilungen ergibt, im Monat Mai offenbar auf einen besonders hohen Saldo Gewicht legte, hat der monatliche Durchschnittsbetrag rund 205 Millionen Reichsmark erreicht. Infolgedessen hatte die Reichsregierung heute nicht 65 Millionen, sondern volle 100 Millionen Reichsmark als Einlage an die B. J. 3. zu zahlen. In den vorhergehenden Monaten wird die deutsche Einlage auf den halben Durchschnittsbetrag, der Gläubigergruppen in den vorausgehenden Monaten abgestimmt, und man erwartet, daß dann ein Teil der heute gezahlten Einlage wieder an das Reich zurückfließen werde, weil sich die Fremdwährungen senken werden, sobald die B. J. 3. ihre volle Tätigkeit aufgenommen hat. Immerhin war es für die Reichsregierung keine unangenehme Überraschung, daß sie statt der erwarteten 65 Millionen nunmehr für eine Zeit lang 100 Millionen Reichsmark zu zahlen hat, dies umso mehr, als der Rest des Reparationsfonds des Kommissars, 35 Millionen Reichsmark, ursprünglich als Deckung für andere Ausgaben des außerordentlichen Haushalts in den Etat eingestellt worden war.

## Die neuen Botschafter.

Fortführung des Reviements.  
Berlin, 4. Juni.  
Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nunmehr vollzogen. Botschafter Sthamer in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Rufstand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom, Freiherr von Neuchâtel, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard

von Bülow ernannt worden. Herr von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übertragen.  
Der neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der bisherige Dirigent  
Dr. Bernhard Wilhelm von Bülow,  
steht im 46. Lebensjahr und ist ein Neffe des verstorbenen Reichslandtagspräsidenten von Bülow. Bülow studierte Jura und wurde im Jahre 1912 als Mitglied in das Kaiserliche Amt berufen und zunächst der Postfach in Weibington zugeteilt. Im April 1913 leitete er ins Auswärtige Amt nach Berlin zurück. Im Mai 1916 wurde er in die Gesandtschaft in Athen als Legationsschatzmeister. Ins Auswärtige Amt zurückgekehrt nach er im Juni 1920 den Posten des Legationsrats in Wien wieder in den diplomatischen Dienst kam. Im Februar mit der Leitung im A. A. beauftragt. Im Oktober 1924 erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Legationsrat.

Freiherr Konstantin von Neurath,  
der als Nachfolger des Botschafters Sthamer nach London geht, steht im 58. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat er im Jahre 1907 in den Konjunktivdienst. Von 1908 bis 1908 war er Botschafter in London. Im Sommer 1914 kam er als Botschaftsrat nach Konstantinopel; im Jahre 1917 erfolgte seine Versetzung zum Legationsrat des Königs von Belgien. Im Sommer 1919 wurde er Botschafter in Kopenhagen, von wo er im Jahre 1922 als Botschafter am Quirinal nach Rom versetzt wurde.  
Dr. Karl von Schubert,  
der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und formende Botschafter in Rom, ist 48 Jahre alt und in Berlin geboren. Nach volkswirtschaftlichem Studium trat er im Jahre 1908 als Attaché bei der Botschaft in Weibington in den diplomatischen Dienst. In den Jahren 1908-10 wurde er im Auswärtigen Amt verwendet, bis er 1910 Legationssekretär in Brüssel und 1911 in Weibington wurde. Im Jahre 1912 kam er in gleicher Eigenschaft nach London. Während er kurze Zeit bei der Gesandtschaft in Bern Verwendung fand, wurde er 1920 Vizelegationsrat und Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt. Dort übernahm er 1921 als Ministerialdirektor die Leitung der Abteilungen England und Amerika, bis er nach der Ernennung des bisherigen Staatssekretärs von Weizsäcker zum Botschafter in Weibington dessen Nachfolger wurde.

## Ernennung im Auswärtigen Amt.

Berlin, 4. Juni.  
In Verbindung mit den jetzt erfolgten Ernennungen stehen bis zum Herbst im Auswärtigen Amt eine Reihe von Veränderungen bevor, die den Gesamtcharakter einer Erneuerung im leitenden Stellen tragen werden. Die Entschädigung über die Neubestellungen wird der neuernannte Staatssekretär von Bülow reichlich mit beeinflussen.  
Der Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Schneider, wird zum Herbst sein Amt aufgeben und sich seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen. In der Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient wird wahrscheinlich ebenfalls ein Wechsel eintreten und ebenfalls mit einem Wechsel in der Leitung der Kulturabteilung zu rechnen. Von besonderer Bedeutung ist der Wechsel in der Abteilung 4, der Rußland-Abteilung. Wie es heißt, ist der bisherige Leiter dieser Abteilung, Ministerialdirektor Trautmann, an Stelle Köhlers, der die Personalabteilung übernimmt, für den Posten des Legationsrats in Tokio auszuweichen. Die Neuernennung für diesen Posten wird von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Außenpolitik sein und wenn bisher auch demüthert wurde, daß ein Wechsel auf dem Moskauer Botschafterposten erfolgen soll, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß in Verbindung mit dieser Neubestellung auch eine Veränderung bei den Bezeichnungen in Moskau oder Angora vor sich geht. Für diesen Fall ist aber auch mit einem Geländewechsel in Warschau zu rechnen, und zwar ist der Botschafter Riehl, der jetzt an der Pariser Botschaft tätig ist, seit längerer Zeit für den Warschauer Posten auszuweichen.  
Neben den Abteilungsleitern wird aber auch ein Dienststellenwechsel erfolgen, und zwar wird der neue Staatssekretär von Bülow vorerst einmal einen Nachfolger für sich selbst in der Abteilung West- und Süd-Ost-Europa finden müssen.

Alsdann muß auch an Stelle des Freiherrn von Richthofen, der nach Kopenhagen gegangen ist, ein Dirigent für die Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient ernannt werden. Wie verlost, besteht die Absicht, den bisherigen Gesandten in Addis Abeba, Brüder, für eine leitende Stellung in das Auswärtige Amt auszuweichen. Als sein Nachfolger ist der Vortragende Legationsrat Hoffenfelder, der bisher erfolgreich die Angelegenheiten des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika bearbeitet hat, in Aussicht genommen.

## Frankreichs Außenpolitik.

Die lang erwartete Rede Lardies.  
Paris, 3. Juni.  
Ministerpräsident Lardies hat in Dijon eine politische Programmrede gehalten, die den Auftakt zum Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten bildet. Außenpolitik führte Lardies aus, die Grundzüge der französischen Außenpolitik lägen fest. Zwischen Frankreich und Deutschland sei noch über wichtige Abkommen zu verhandeln gewesen. Hinsichtlich der Mobilisierung der Forderungen sei noch nichts er-

reicht gewesen, und doch sei die Mobilisierung das einzige Mittel, um an die Stelle der militärischen Garantien eine finanzielle Garantie zu setzen, durch die Kredit Deutschlands mit der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen verbunden werde. Rühmte aber werde vor Ablauf von zwei Wochen die Mobilisierung der ersten Tranche durchgeführt sein, mehr als hundert Millionen Dollar würden in die französischen Staatskassen fließen, und auf dem Weltmarkt werde die erste Young-Anleihe den Kredit Deutschlands mit der Liquidierung der Kriegsschulden solidarisieren können.

Wenn am 30. Juni mit der gemeinsamen Währungsunion eine neue Währungsunion entsprechend dem vor zwei Monaten von den französischen Militärbehörden ausgearbeiteten Programm die dritte Rheinlandzone gestützt sein werde, werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich in Kraft sein, und die finanziellen Garantien die Frankreich festsetze, als das Kabinett Lardies die Regierung übernahm, würden Geltung haben. Das sei ein zweijähriges und ein politisches Ergebnis.  
Auf die allgemeine Friedenspolitik übergehend, erklärte Lardies, seine Regierung habe das Friedensverbot, das Deutschland in letzter verlebtenen Kabinetsperiode verweigert habe, weiter betrieben. Es sei einmütig, daß die Politik der Desarmierung Europas von Männern ratifiziert worden ist, die früher jügerig, diese Politik zu billigen. Herr habe Dr. Stresemann einen Vorwurf daraus gemacht, daß er von weither zur Verhängnispolitik gelangt ist? Das Weib, das man dem deutschen Staatsmann nicht abgerufen hat, muß man in gleicher Weise auch allen französischen Abgeordneten lassen.

## Zum Schluß französische Freundschaften!

Schmeicheln Guillaumais für das Rheinland.  
Paris, 3. Juni.  
Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumais, gewährte einigen französischen Pressevertretern in Wiesbaden eine Unterredung, in der er sich sowohl über die landwirtschaftliche Lage des Rheinlandes, als auch über den Abmarsch der Besatzungstruppen und vor allem die Beförderung der Bevölkerung äußerte. Guillaumais zeigte sich über Mainz und Wiesbaden geradezu begeistert.  
Er glaubt jedoch, daß der französische Einfluß auf die Bevölkerung von unwidriger Bedeutung gewesen sei, wenigstens soweit es sich um Neugierigkeiten, wie Kleidung und Umgang, handele.  
Der Abzug der Truppen werde immer wieder als eine leidenschaftliche Forderung hingestellt, in Wirklichkeit jedoch seien große Schwierigkeiten zu überwinden, da die Militärange die regelmäßigen Zugverkehre nicht führen dürften. Auch die Aufgabe der besatzungstruppen Wohnungen, Aufstellung von Sanitäreinheiten und die ganze technische Abwicklung der Besatzung mache große Schwierigkeiten.  
Ueber die Charaktereigenschaften der Rheinländer befragt, äußerte sich Guillaumais dahin, daß sie alle anständigen und vorzüglichen Menschen seien.  
Seiner würde den Kindern von den Schreier, als auch von den Geistlichen nur vom Kriege gesprochen, und die Jugend lo gegen Frankreich erzogen. Man habe die Engländer und Amerikaner verachtet und stelle Frankreich als den für alles Uebel Schuldigen hin.

## Der Brandherd im Osten.

Neuer polnischer-kaukasischer Grenzschutzfall.  
Warschau, 4. Juni.  
Wie sich „Autre Eternon“ aus Szwanki melden läßt, wurde eine polnische Grenzwehr nicht bei der Verhinderung von der polnisch-kaukasischen Grenze von Kaukasien Seite angeblich „in verächtlicher und unermarter Weise“ aus dem Hinterhalt mit diesem Grenzwehner beschießen, wobei ein polnischer Korporal angefallen worden sei. Daraufhin habe die polnische Grenzwehr hierorts das Feuer eröffnet und die Kaukasier in die Flucht geschlagen. Die Kaukasier hätten im ganzen ungefähr an hundert Schiffe abgegeben. In der Dunkelheit habe man nicht feststellen können, ob es kaukasische Grenzposten oder nur Freiwillige gewesen seien.  
Es ist tatsächlich sehr auffallend, daß bei den in der letzten Zeit immer häufiger vorkommenden polnischen Grenzschutzfällen die Polen der polnischen Presse nach angeblich stets die Angegriffenen sind.

## Stalin setzt ab.

Kolnina über Auslands internationaler Lage.  
Moskau, 4. Juni.  
Der stellvertretende Kriegskommissar und stellvertretende Volkskommissar der äußeren Angelegenheiten Kolnina wurde auf Befehl des Präsidiums des Volkskommissariates seines Postens entlassen. Zu seinen Nachfolgern wurden der frühere Oberbefehlshaber der fünften Roten Armee im Fernen Osten Udowojew und der außerordentliche politische Kommissar der Roten Armee Gamarin ernannt.







80 bis 100 Prozent aufgetaut und dafür insgesamt 210 294 Mark gezahlt. Es sind außerdem noch über 800 000 Mark gewöhnliche Forderungen angemeldet, wovon 323 576 Mark aufzukaufen wurden. Zu verteilen sind 97 000 Mark von 110 000 Mark, die der Fürst zu Schaumburg-Lippe als Vergleichsklausel gezahlt hat, so daß die Gläubiger der anerkannten Forderungen 30 Prozent erhalten. Wegen die Schlussrechnung und das Schlussverzeichnis wurden Einwendungen nicht erhoben.

**Brennfeld.** Tod in der Jauchegrube. In der Ortschaft Nappert im Kreise Bernatal wollte auf einem Gehöft ein Landwirt den restlichen Schutt aus der Jauchegrube schaffen. Raum war er jedoch in die Grube gestiegen, als er durch giftige Gase betäubt wurde. Vom gleichen Schicksal wurden der ihm zu Hilfe eilende Sohn sowie ein Knecht ereilt. Trozdem die Bergleute bald darauf aus der Grube gezogen werden konnten, waren nur bei dem Knecht die Wiederbelebungserfolge von Erfolg.

**Jahrb.** Nach dem Genuß von Pferdefleisch gelangte ein Besatz eines hiesigen Pferdehändlers wurde geschlossen. Der Grund dazu liegt in der plötzlichen Erkrankung einiger Lehnhirner nach dem Genuß von Pferdefleisch aus dieser Schlächterei. Ein hiesiger Arbeiter ist bereits gestorben.

### Keine Chronik.

Wiederum polnische Rohheiten gegen Danziger Spaziergänger. Kurz nach der Beerdigung des Danziger Ehepaars Schneider durch polnische Grenzpolizisten hat sich ein neuer Vorfall an der Danzig-polnischen Grenze ereignet, der deutlich beweist, daß in dem polnischen Vorgehen gegen Danziger Spaziergänger System liegt. Die beiden hiesigen Angeklagten, Herr und Frau Mariane Gumpert, aus Oliva machten einen Spaziergang in den Städtchen. Auf der Höhe von Prudental wurden sie von einem polnischen Grenzpolizisten wegen angeblicher Grenzüberstreichung an unerlaubter Stelle verhaftet und nach der polnischen Grenzstadt in Watten gebracht. Obwohl der Arbeitgeber der beiden Mädchen, der bereits verschiedentlich wegen Stillschließens erhoht, verweigert die Polen brüst die Freilassung. Die beiden Mädchen sind nach Karlsruhe in das hiesige Amtsgericht gebracht worden.

Wegen Blutschande zu lebenslänglicher Zangsarbeit verurteilt. Ein gerechtes Straf verhängte das Reichs Schwurgericht der Seine über einen der Blutschande angelegten hiesigen Arbeiter, der bereits verschiedentlich wegen Stillschließens verurteilt worden ist. Der Angeklagte hatte sich an seinem Kinde, einem kaum zweijährigen Mädchen, vergangen. Nachdem die gerichtliche Untersuchung die volle Verantwortlichkeit des Angeklagten ergeben hatte, verurteilte ihn das Schwurgericht zu lebenslänglicher Zangsarbeit.

Der Enkel Millets wegen Wechsellingsdelikten angeklagt. Der aus der letzten großen Bildersächler-Angelegenheit her bekannte Enkel des französischen Malers Millet, Jean Charles Millet, wird sich am 17. Juni vor der Strafkammer des Gerichts in Metz wegen Wechsellingsdelikten zu verantworten haben. Millet hatte verschiedentlich wertvolle Gegenstände mit Wechsellings ohne Deckung beschafft.

Wollensbruch über London. London wurde von einem Wollensbruch heimgesucht. Am Bahnhof vor Kings Cross wurden vier Tunnels bis zu 1,5 Meter Höhe mit Wasser angefüllt. Der Verkehr war für Stunden unterbrochen. Da um die Zeit gerade die Arbeiter nach Hause zurückzukehren, wurden rund 80 000 Personen vier bis fünf Stunden auf den Straßen aufgehalten. Auch in anderen Teilen Londons haben große Regenfälle zu Unfallsfällen geführt und erheblichen Schaden angerichtet.

Vier deutsche Fischerboote in England festgehalten. In Aberdeen werden seit einem Monat vier deutsche Fischerboote mit einer Besatzung von 25 Personen festgehalten. Die Fischer wurden unter der Beschuldigung verhaftet, Schuppen in Höhe von 2500 Pfund gemacht zu haben.

Ein 100-Millionen-Mark-Erbischaft und 40 Millionen-Erbischaftsteuer. Der leitende Direktor der bekannten Abt. & Co. in London, der am 1. April in London gestorben ist, hat ein Vermögen von insgesamt 100 Millionen Mark hinterlassen. Hieron fallen dem englischen Erbschaft 40 Millionen Mark an Erbschaftsteuer zu.

### Schlagende Wetter im Kalischacht

Mittags (Abt.). Eine schwere Gasexplosion erzielte im Montagmorgen im Kalischacht Wenterode der Gewerkschaft Völkendorf. Im 102. Meerschicht explodierte auf bisher noch ungeklärte Weise Sammelgas. Eine

#### hohe Feuerzäue

schon aus dem über dem Kalischacht liegenden Gebläse in die einzelnen Stollen hinein. Der dicke Qualm löschte sofort sämtliche Grubenlampen und machte jede Sicht unmöglich.

Weder die Einzelheiten wird folgendes berichtet: Bereits im Herbst vergangenen Jahres wurden an einzelnen Stellen dieses Schachtes Gas bemerkt, ohne daß man bis jetzt den Hauptherd hatte auffinden und einen gefährlichen Abzug der Gas ermöglichen können. Montagvormittag begaben sich Bergarbeiter Böw, Laborant Sander und ein Betriebsführer in den Schacht, um erneut Nachforschungen anzustellen. Kurz nach ihrem Einsetzen erfolgte die Explosion.

#### Die drei Bergleute werden vermisst

Der sofort zur Bergung der Vermissten eingeleiteten Rettungsaktion wurde am 40 Mann, was es nicht möglich, durch den dichten Qualm an den Gefahrenherd vorzudringen.

Als ein Glühdampf sich bescheiden konnte, daß im Montagmorgen wegen Vordrängens einer Seltenerparatur zur Teilbegleichung von 28 Mann eingefahren war. Sämtliche 28 Mann konnten sich durch einen vor kurzem vorgekauften Durchschlag vom Schacht Köthen zum Schacht Völkendorf zu retten. In Schichtzeit riefen. Von den explodierten Gasen wurden die ebenfalls vermisst, da durch den Schacht Köthen irrtümlich aufgeführt und die Gase durch den Schacht Völkendorf abgeführt konnten. Ohne den neugewonnenen Durchgang zwischen beiden Schächten wären die 28 Bergleute zweifellos ums Leben gekommen.

Nach den letzten Feststellungen soll sich der Brandherd um 26 befinden. Der Schacht dürfte voraussichtlich vollständig ausbrennen, bis der Hauptherd erloschen ist. Der Umfang des Schadens ist noch nicht zu übersehen.

Am Dienstagmorgen waren die bei der Explosionstrophie im Kalischacht Wenterode vermissten drei Beamten, der Bergarbeiter Lohm, der Betriebsführer Stein und der Maschinenführer Sander, noch nicht gefunden, und es wird nunmehr jede Hoffnung, sie lebend bergen zu können, ausgeblieben. Die drei Beamten wollten Gasproben entnehmen, als zwischen der 8. und 10. Meerschicht auf der 1000-Meter-Höhe des Schachtes plötzlich die schwere Explosion erfolgte. Die Rettungsarbeiten werden unter der Leitung eines Oberbergamts und einiger Beamten der Hauptverwaltung Völkendorf durchgeführt. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks drang ein Rettungstrupp von acht Personen aus, der mit dem Schacht Wenteroda seit einigen Jahren in Verbindung steht, nach der Unglücksstätte vor und so konnte die Bergleute schon nach einigen Stunden gerettet werden. Wie die Explosion entstanden ist, war noch nicht festzustellen und nach einer Mitteilung des „Waldhäuser Anzeigers“ ist man auch bezüglich auf Kombinationen angewiesen. Im allgemeinen enthalten die Kalischächte nur in sehr geringem Maße Gasgehalt, weshalb auch die Bergleute mit offenen Lampen arbeiten können. Es muß angenommen werden, daß Gase aus benachbarten Anlagen durch einen Spalt in den Schacht eingedrungen sind.

Alle drei Schächte und sämtliche Grubenbau mit Ausnahme weniger Stollen in unmittelbarer Nähe des Explosionsherd sind völlig unversehrt geblieben. Auch die Förderung des Wertes erleidet keine Unterbrechung, da der Betrieb ohnehin wegen des der Bergleute zusehenden rechtmäßigen Lohnurlaubs auf 14 Tage stillgelegt habe.

### Die Lage im Mansfelder Streikgebiet

Halle. Die Lage im Mansfelder Bergbauvertrieb ist nunmehr in der Weise, wie die andere Partei hat, irgendwelche Schritte zur Annäherung unternommen. Die Arbeit in den Betrieben ist auf die aller notwendigsten Notstandsarbeiten zur Instandhaltung von Wasserleitung und Elektrizitätsversorgung beschränkt. Die dazu notwendigen Leute werden von den Gewerkschaften auf Anforderung der Mansfeld A.-G. gestellt; zahlenmäßig machen sie nicht ganz 1 Prozent der Belegschaft aus. Die Kommunisten haben Umzüge durch die Orte des Mansfelder Landes geplant. Die Lage ist ruhig und die Polizei hatte, abgesehen von kleineren Zwischenfällen keine Veranlassung zum Einschreiten.

Die Mansfeld A.-G. teilt mit: „Es hat den Anschein, als ob die Gewerkschaften, denen die Verantwortung für die Stilllegung der sämtlichen mit dem Kupferbergbau zusammenhängenden Betriebe der Mansfeld A.-G. zufällt, die Forderung eines Druckes auf die Regierung verfolgen, um durch Staatsintervention die Lohnermäßigung entgegenzuwirken. Es liegt demgegenüber nunmehr auch die Erklärung des preussischen Finanzministers vor, daß Zahlung von Subventionen keinesfalls ins Auge gefaßt werden kann.“

### Die Völkendorfer Grundbesitzer verlangen Schadenersatz

Völkendorf. In einer Verammlung des Haus- und Grundbesitzers wurde nach einer Aussprache über die Lage durch die Bergarbeiter-Verhältnisse, eine Notgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzer von Völkendorf und Wiedeloh zu bilden und von dieser aus beim Landtag um Entschädigung der Hausbesitzer für alle Ausbelebungen, Handwerker und Gewerbetreibenden in beiden Dörfern einzuwirken. Da die durch die Kalischacht-Verhältnisse, eine Notgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzer von Völkendorf und Wiedeloh zu bilden und von dieser aus beim Landtag um Entschädigung der Hausbesitzer für alle Ausbelebungen, Handwerker und Gewerbetreibenden in beiden Dörfern einzuwirken. Da die durch die Kalischacht-Verhältnisse, eine Notgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzer von Völkendorf und Wiedeloh zu bilden und von dieser aus beim Landtag um Entschädigung der Hausbesitzer für alle Ausbelebungen, Handwerker und Gewerbetreibenden in beiden Dörfern einzuwirken.

Am 18. Juni wird sich die Kaliprüfungskommission mit der Frage beschäftigen, ob die am 1. September in Völkendorf nordwärts über den Bau der Kalischacht zu gehen ist. Auf Grund des Entschlusses der Kaliprüfungskommission wird dann die Beauftragung der Grundbesitzer in beiden Dörfern um 50 Prozent herabzusetzen.

Am 18. Juni wird sich die Kaliprüfungskommission mit der Frage beschäftigen, ob die am 1. September in Völkendorf nordwärts über den Bau der Kalischacht zu gehen ist. Auf Grund des Entschlusses der Kaliprüfungskommission wird dann die Beauftragung der Grundbesitzer in beiden Dörfern um 50 Prozent herabzusetzen.

### Neuer Universitätskonflikt in Jena

Jena. Durch Anschlag am schwarzen Brett der Universität gibt der Professor Dr. H. u. H. folgendes bekannt: „Der 20. April in der Versammlung der Fakultät hat sich in der zwischen dem Thüringischen Volksbildungsministerium und der Universität bestehenden Differenzen eingestellt, indem er anlässlich der Berufung des Herrn Dr. G. in der zu ordentlichen Professor in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät an das Staatsministerium und an Herrn Dr. G. die Vorwürfe über die Unwissenschaftlichkeit und in der Presse veröffentlicht hat. Damit hat er öffentlich gegen Rektor und Senat Stellung genommen. Gegen die Urheber dieses ganz ungewöhnlichen Schriftes, der auf einer völligen Verkennung der Stellung der Studentenchaft innerhalb der Universität beruht und das Vertrauensverhältnis zwischen den akademischen Behörden und der Studentenchaft auf das bedauerlichste stört, werden die nach dem Gehehen für die Studierenden gebotenen Mittel angewandt werden.“

### Vermischtes.

o Reichstags-Sitzungen. Heftige Reichstags-Notenographen haben, wie die „Stenographische Praxis“ berichtet, aus den vielen Reden, die im wahrsten Sinne des Wortes durch ihre Hände gehen, eine Reihe von neuen Stillsätzen herausgefunden, von denen nachstehend einige wiedergegeben seien: „Meine Herren, ich habe langsam zum Schluss.“ — „Ich habe Gelegenheit gehabt, in jedem Jahr vier Wochen in einer Irrenanstalt zuzubringen.“ — „Die Sozialdemokratie gebietet sich wie eine verengeltete Jungfrau, die zwar etwas schreit, stiehlt auch bei und doch die Stimme erhebt, aber einzig dageschrieben, aber noch die volle Verantwortung trägt.“ — Wir haben erwidern müssen, daß es nur eine platonische Liebe war. Ich liebe auf dem Standpunkt, daß aus einer platonischen Liebe nie etwas Vollkommenes herauskommen kann.“ — „Die Agrarier wollten sich an dem faulen Schwanz der Arbeiter.“ — Man sollte den Frauengott Barter bitten, der mit eisernen Stirn die Art an die Bürgeln der deutschen schaffenden Stände legt, als lästigen Ausländer ausweisen.“ — „Der Herr Minister und die einzelnen Parteien haben seit Jahren bei den Beratungen nichts weiter zum Ausdruck gebracht als Hoffnungen derart, daß auf dem Boden dieses kapitalistischen Wirtschaftens ein schöner grüner Lebensbaum stehen möge, von dem die Ähren und Datteln für das preussische Volk nur zu herumerfallen, während auf dem Rasen im Schatten die privatkapitalistischen Industriebahnen die Profite einhelfen können, wie es ihnen gefällt.“

o Pferdetrocken — die große Mode in Neuport. Der letzte Schrei der Neuporter Mode ist die Pferdetrocke und das kam in: Ein wichtiger Kopf hatte irgendwo unter allem Gerümpel eine ausgezeichnete Probe eines Lohfahrs entdeckt und für einen Stoffhändler erstanden; Lohfahrs fauchte er sich eine für eine Röhrlöhlerer reife Schindmähre, und paante sie vor das alterschmache Fahrzeug und nahm zum Handlung aller Fußgänger und Theaterbesucher vor einem der größten Neuporter Theater Aufführung. Die Wirkung war verblüffend. Es entstand eine wahre Kaphalerei darum, wer als erster mit dieser modischen Drohke fahren dürfte. Ein wichtiger Kopf, wie der Kassenkammer, veranfaulete er an Ort und Stelle eine Karterie nach amerikanischer Muster, so daß die erste Fahrt, die beinabe volle zehn Minuten dauerte, auf fünfzig Dollar kam. Doch sich die Sache verhältnismäßig reich herumprach, bemerkt der Umstand, daß am nächsten Abend schon vier Pferdetrocken vor dem Theater hielten; die Preise waren natürlich gehoben, aber auch die neuen Pferdetrockenhändler machten noch gute Geschäfte; denn wer wollte sich im Zeitalter des großen Verkehrs nicht den Genuß verschaffen, so zu fahren, wie man fuhr, als der Kraftwagen noch nicht erdumbar war.



Besuch des finnischen Generalkonsuls in Berlin. Der finnische Generalkonsul, Oberst Malenius, ist in Begleitung von Major Kraemer zu mehrtägigem Besuch in Berlin eingetroffen. Er wird hier Uebungen der Reichswehr beoohnen.

### „S 18“ abermals verboten

Der Thüringische Volksbildungsverein hat ein neues Gesetz der Reichsregierung Protestierend freigegeben in Jena wegen einer geshloffenen Aufführung von „S 18, Trauen in Not“ durch die Hiacator-Gruppe abgelehnt.

### Neuerfchließungen in der Höhle „Heimliche“

Die „Heimliche“, Deutschlands größte Höhle, ist seit der im Jahre 1920 erfolgten Erschließung bereits Hunderttausenden von Besuchern bekannt geworden. Sie wird als ein Hauptausgangspunkt des Harzes angesehen!

Von der Reichsbahnstation Berau-Regina kann man die Höhle mit der Eisenbahn bis Ulfrungen bequem in kaum in wenigen Minuten erreichen. Ihre gemalten unterirdischen Dome, Grotten, Seen erstrecken sich weit hinein in den Ausläufer des Südbharzes, den sogenannten „Alten Stolberg“. Dem Publikum werden jetzt über 200 m gezeigt. Durch den jetzt erschlossenen neuen Teil wird eine Länge von ca. 3000 m erreicht. Aber auch damit ist die Höhle in ihren Ausmaßen noch nicht erschöpft, wie im Erdinneren sowie auch an der Erdoberfläche zu erkennen ist. Weitere Forschungsarbeiten werden fortgesetzt.

In dem neuesten Teil ist man z. Bt. mit der Installation der Lichtanlage wie mit der Herstellung von Wegen, Brücken, u. d. g., beschäftigt, jedoch er in absehbarer Zeit durch Sonderführungen gezeigt werden kann.

Nach nur in der Gesamtanlage überstrift die „Heimliche“ die anderen deutschen Höhlen, fordern auch in der Größe und Naturgewaltigkeit der langgestreckten Hallen, in der Weisheit ihrer Dome bis 82 m Höhe bei einer Spannweite von 60 m und mit ihren wilden Grotten und romantischen Klüften. Sie ist eine unterirdische Welt für sich, geradezu ein Märchenland!

Viele Tausende haben sich bereits an diesem Naturwunder erfreut, haben sinnend an den piegeklaren Seen und ähnten im „Großen Dom“ in christlich-idealen Erleuchtungen etwas von der GröÙenheit und Größe des Weltenschöpfers. Wahrlich, unvergessliche Eindrücke!

In vorgeschichtlicher Zeit war die „Heimliche“ eine Wohnhöhle, was durch prähistorische Funde bestätigt ist.

Als unterirdisches Naturdenkmal und Naturwunder ist die Höhle zum höchsten Naturgenussgebiet erklärt worden.

Die „Heimliche“ ist Sommer und Winter geöffnet. Öffentlich erschlossen. Vor der Höhle befindet sich ein neuzeitlich eingerichtetes Hotel mit Gartenanlage, Veranden, Garagen und Kaminelle. Nebengebietes mit allen Annehmungen.

Ein Anstieg dorthin ist sehr zu empfehlen, einmal man dort hier auch den Spitzhäuer, Nordbharzen und Stolberg (Südbharz) leicht erreichen kann.

### Spiel und Sport.

#### Rebaur Sportvereinigung von 1924.

M.S.B. I. — M.S.B. Landia I 1:6 (1:5)

M.S.B. II — M.S.B. Landia II 3:0 (1:0)

M.S.B. Jugend — M.S.B. Landia Jugend 3:0 (3:0)

Die erste Mannschaft, welche am vergangenen Sonntag vormittag einer Müddelpfeilschießung des Rebaurer Volleyballfußball nachkam, verlor in Landia mit 6:1 Toren. Die Mannschaft spielte mit mehrfachen Erfolgen. Eine Niederlage auf höherem Niveau gegen die gleiche des Rebaurer Volleyballfußball und gewann verdient 3:0. Landia war unserer zweiten Mannschaft förmlich weit überlegen, technisch jedoch waren unsere Leute alle besser. Die Jugend gewann ebenfalls gegen die gleiche Mannschaft von Landia mit 3:0 Toren.

Donnerstagsabend 20 Uhr: Lebnungsspiel, Schüler gegen dritte Herren und Jugend kombiniert.



## Regierungsumbildung in England.

Wichtige Veränderungen innerhalb des Kabinetts  
London, 3. Juni.

Am Chequers fand eine Beratung zwischen mehreren Ministern und MacDonald statt. Unter anderem wurden die Arbeitslosigkeit und die Landwirtschaftsfrage erörtert. Die Minister erwarren auch die Stellung gewisser Parlamentsmitglieder des linken Flügels der Arbeiterpartei.

Es wird allgemein angenommen, daß sehr bald eine wichtige Veränderung in der Regierung stattfinden werde.

Mögllicherweise wird ein Wechsel im Handelsamt, im Bergwerksministerium und im Landwirtschaftsministerium stattfinden. Man erwartet den Rücktritt des Landwirtschaftsministers Noel Barton aus Gesundheitsgründen. Auch wird angenommen, daß ein neuer Kofen für den bisherigen Arbeitslosigkeitminister Thomas gestellt werden wird.

## Beschlüsse des Reichstages des Landtages.

Berlin, 4. Juni. Der Reichsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag der Wirtschaftspartei an, wonach das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung einzurufen, die Entlassungsverordnung vom 9. Dezember 1919 dahin abzuändern, daß bei Entlassungen hinsichtlich der Entschädigung der ordentliche Rechtsweg zugelassen wird. Nach einem Antrag der Volkspartei, die Abänderung soll durch weitere Vorarbeiten der Reichsweg gleichfalls zugelassen werden zur Festlegung der Entschädigung, wenn das entgeltete Grundstück nicht zur Errichtung von Wohnungen benutzt worden ist.

## Kritische Lage auf den Werken Norddeutschlands.

Hamburg, 4. Juni. Die in Hamburg zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der norddeutschen Werftindustrie geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Es handelt sich um die Erneuerung der mit diesem Monat ablaufenden Tarifverträge. Von den Arbeitnehmern wurde eine Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit auf 47 Stunden in der Woche und eine entsprechende Lohn-erhöhung verlangt. Die Arbeitgeber lehnten in Anbetracht der ganzen wirtschaftlichen Lage dieses Antriebes ab und erklärten, es komme nicht nur keine Lohn-erhöhung, sondern vielmehr ein Lohnabzug in Frage, es sei von der einen Seite der Arbeitgeber bereits der Vorschlag gemacht worden, eine Lohn-erhöhung von 4 Pfennig je Stunde ab 1. Juli vorzunehmen. Falls es nicht bis Ende des Monats gelingen sollte, eine Verständigung herbeizuführen, dürfte es wie im Jahre 1928 zu ersten Arbeitsstärken in der Werftindustrie kommen.

## Bekanntmachung.

Zwecks Durchführung von Pfahlsicherungsarbeiten wird ab 10. Juni d. Js. die Straße Nebra-Gröbhangen auf die Dauer von 4 Wochen für sämtlichen Durchgangsverkehr gesperrt.

Der Kraftfahrzeugverkehr wird über Nebra-Sandbach-Buda vermieden. Der Fußgängerverkehr kann über Bippach erfolgen.

Nebra, den 2. Juni 1930.

Die Polizeiverwaltung. J. B. Meib.

## Bekanntmachung.

Bez. Wohnungsdesinfektion.

Der Arbeiter Franz Janek in Nebra a. U., Wasserweg 21, wird hiermit für den Kreis Querfurt als amtlicher Desinfektor bestellt und ihm mit Wirkung vom 1. Juni d. Js. ab die Ausführung der Desinfektionen in den Amtsbezirken Altenroba, Burgfelde, Mörsleben, Jägerroba, sowie in den Gemeinden Sietzka, Galsendorf, Jüdenort, Albersroba und Södelroba vom Amtsbezirk Gleina übertragen.

Anträge auf Ausführung von Desinfektionen in den vorgenannten Bezirken sind demzufolge vom 1. Juni d. Js. ab nicht mehr an den Desinfektor Marzaf in Nebra, sondern an den Desinfektor Janek in Nebra zu richten.

Der Bezirk des Desinfektors Marzaf in Nebra umfasst vom 1. Juni d. Js. ab nur noch die Stadt Nebra und den Amtsbezirk Eibenburg.

Querfurt, den 28. Mai 1930.

Der Kreisamtschef. J. B. Dalken, Regierungs-Beauftragter.

Wird veröffentlicht:

Nebra, den 2. Juni 1930.

Die Polizeiverwaltung. J. B. Meib.

## Die diesjährige Kirchränzung

der Rittergüter Eibenburg, Weihenheim, Weinsdorf, Kleinmühlbach und des groß. Gutes Spielberg soll am Freitag, den 6. Juni d. Js., vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr im Gasthofe zu Eibenburg

im Wege des Meistgebotes gegen Barzahlung zu dem im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen verkauft werden.

## Die Verpachtung der Grasnutzung meiner Wiesen

findet am Mittwoch, den 11. Juni, nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr in einzelnen Partellen statt.

Treffpunkt: Reinsdorfer Fähre.

Friedrich Bectmütz.

Wir geben hierdurch höflichst bekannt, daß wir am Pflingstsonntag unsere Geschäftsräume geöffnet halten, dagegen bleiben dieselben am

**Dienstag, 10. Juni, gänzlich geschlossen**

Bankverein Artorn, Spröngers, Büchner & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

Abteilung Nebra

## Befehungen im belgischen Finanzministerium.

Brüssel, 4. Juni. Ein hoher Beamter des belgischen Finanzministeriums, der in der Abteilung für Reparationsangelegenheiten beschäftigt war, ist mit der Begründung verhaftet worden, er habe Befehungen aus dem Ausland angenommen. Gerichtsweise verurteilt, daß er der Schwager des früheren belgischen Botschafters in der Reparationskommission, Cux, sein soll.

## Schweres Explosionsunglück in Paris.

Paris, 4. Juni. In einer mechanischen Werkstatt in Paris hat sich ein schweres Explosionsunglück ereignet, bei dem 15 Arbeiter, darunter zwei sehr schwer, verletzt wurden. Die bisher vorliegenden Berichte lassen noch nicht deutlich erkennen, ob die Katastrophe durch das Platzen eines Ammoniatbehälters oder einer Staßflasse mit comprimierter Luft hervorgerufen wurde.

## Hauseinsurz in Genua.

Genua, 4. Juni. In einem dreifloßigen Auswandererheim ereignete sich ein schwerer Brandeinsturz. Als die Feuerwehr herbeieilte, um die Stüttsarbeiten vorzunehmen, flürzte der ganze mittlere Teil bis zum 2. Stockwerk ein und begrub zahlreiche Personen. Die Rettungsarbeiten dauerten stundenlang und mußten dann wegen weilerer Einsturzgefahr eingestellt werden. Geborgen wurden bisher ein Toled, fünf Säuer- und fünfzehn Leichtverletzte. Die umliegenden Häuser wurden auf Anordnung der Behörden geräumt.

## Tod im Kaisergebirge.

Innsbruck, 4. Juni. Wie aus Kuffstein gemeldet wird, unternahm drei deutsche Studenten einen Ausflug ins Kaisergebirge, um die Karsthöhe zu besteigen. Dabei verlor sie sich, und zwei der Studenten, nämlich der 20 Jahre alte Nürnbergergürtel Kuffsteinmann und der 21jährige Thüringer Rudolph Schöber, starben am höchsten Gipfel der Karsthöhe ab und blieben fort liegen. Die Hilfskräfte des dritten Studenten blieben ungeschützt. Er mußte die Nacht in seiner wenig beheizten Hütte verbringen und konnte erst am nächsten Morgen geborgen werden. Die zwei Toten wurden geborgen und nach Kuffstein gebracht.

## Die Schiffskatastrophe in Amerika

Dieszig Tage

New-York, 4. Juni.

Wie aus Bogota gemeldet wird, sind bisher 40 Leichen an der Passagier- und Besatzungsmitglieder des nach einer Kessel-Explosion auf dem Magdalenaflusse gekunkenen Dampferdampfers „Boznaga“ geborgen worden, darunter die des Kapitäns. 35 Mitglieder der Mannschaft wurden gerettet. Es davon haben schwere Brandwunden erlitten. Der Dampfer ist unmittelbar nach der Explosion.

## Geschäftsverkauf.

Das zur Trügerschen Konkursmasse in Weihenheimbach gehörige

**Geschäfts- und Wohnhaus** ist einschl. des vorhandenen Warenbestandes sofort zu verkaufen.

Messekanten wollen sich bis zum 15. d. Mts. mit mir in Verbindung setzen.

Querfurt, den 4. Juni 1930.

Der Konkursverwalter. Rich. Nagel.

**? Wohin zu Pflingsten ?**  
Nach der  
**!! Heimkehle !!**  
Grösste Höhle Deutschlands  
Stat. Uffringen (Südd.) — Strecke Berga-R.-Stolberg  
Autofreie: Kyffhäuser-Nebra-Stolberg

**Schützenhaus**  
Am 1. Pflingstfeiertag, abends 8 Uhr  
**Großes Extra-Konzert**  
Mittelmäßig vom Stadt-Orchester  
Ausgeführt vom Stadt-Orchester  
Es laden freundlich ein  
C. Stein. R. Janda.

**Nebraer Sportvereinigung 1924**  
(Sportplatz unterhalb der Altenburg)  
Am 1. Pflingstfeiertag nachm. 3 Uhr  
**Freundschaftsspiel**  
Nebraer Sportvereinigung von 1924 gegen  
Verein für Bewegungsspiele Trebbin b. Luckenwalde  
(Südbreit Berlin) — Nordort:  
H. S. B. 24 (Schüler) gegen B. F. L. Querfurt (Schüler).  
Karten im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen in Fa. Thams & Garß, Nebra, zu RM. 0.20 zu haben.

## Köpenickade in Köln

Köln, 4. Juni.  
Die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Köln ist durch eine Köpenickade um die ganze Tagesein-nahme geschädigt worden. Die Ausstellungseröffnung wurde von einem Manne angegriffen, der sich als der Regier-ungspräsident ausgab und hat, dem Hauptmann a. D. Hans Werner, Befähigung zu gewahren. Kurze Zeit darauf stellte sich dann der angebliche Hauptmann vor, der sofort als Kaffierer angeklagt wurde. An den beiden ersten Tagen lieferte er die Kaffe ordnungsmäßig ab, am Abend des dritten Tages — es war der Himmelstagsfest — verfuhr er jedoch mit der gelamten Tageseinnahme, deren Höhe unklar ist. Die Ermittlungen ergaben, daß Werner den Anruf des Regierungspräsidenten, dem der „Hauptmann“ völlig unbekannt ist, fingiert hat. Werner ist leicht daran zu erkennen, daß er hinf. Bereits vor einigen Jahren wurde der Köpner Kennerverein durch einen ebenfalls hinführenden Schmeißler um seine Tageseinnahme gebracht. Man ver-umet, daß beide identisch sind.

## Nachwehen des Frenzel-Prozesses

Potsdam, 4. Juni.

Das hiesige Landrechtsoberlandesgericht beschäftigte sich gestern mit den Anträgen der Beteiligten des wegen Wirt-stande fälschlich zu anderthalb Jahren Justizhaus verur-lichen Amtsvorsteher Frenzel dem aus dem Prozeß betam ein Pfarrer Schent die Vormundsch. über Gertrud Frenzel zu entziehen. Die Vernehmung hatte den Beteiligten ob-jektiv außer für einen wichtigen und brauchbaren Bormund, doch ist festgestellt worden, daß die Schwärmer der jungen Gertrud für ihren Vormund ein Ausmaß angenommen habe, daß es besser ist, wenn das junge Mädchen mittelfristig die längere Zeit keine Gelegenheit erhalte, sich im Privat-objekt zu entfalten. Die Verhandlung wurde auf den 5. Juni ver-etzt, da der zu dem Termin geladene Pfarrer Schent nicht erschienen war.

## Neue Arbeiterentlassungen im Westen

Dortmund, 4. Juni.

Die Gelsenkirchener Gruben der Vereinigten Stahlwerke haben Entlassungsanzeigen für insgesamt 1050 Arbeiter erlassen, die auf 13 Wochen befristet sind. Ferner will die gleiche Gesellschaft auf der Zeche Victoria-Matthias 100 Arbeiter zur Entlassung bringen. Auf der Zeche Friedrich der Große sollen 201 Mann zur Entlassung kommen. Die Anzeigefrist läuft bis Ende Juni 1930. Ueber die Entlassungsabläufe der Zeche Dortmund, die 1032 Arbeiter gefündigt hat, fanden gestern vorläufige Verhandlungen vor dem Dierbergamt Dortmund statt. Die Entlassungen werden ab Mitte Juni gruppenweise vorgenommen werden und zum Abschluß kommen, wenn sich die Wirtschafts-lage im Laufe der Zeit bessern sollte.

**Kleinwangen**  
Am 2. und 3. Pflingstfeiertag sowie zu Kleinpflingsten  
**Pflingstanz im Freien**  
wozu freundlichst einladen  
Die Pfingstburschen. Der Wirt Paul Neumann.

**ACHTUNG!**  
**Anzüge für Burschen**  
schon von RM. 25.— an  
**Herren-Anzüge**  
von RM. 32.—  
**Strandhosen / Sommeranzüge**  
Billig! für Herren und Knaben Billig!  
verkauft  
**Otto Herrmann**

Ende für baldigst  
**kleine Wohnung**  
auch evtl. Tausch.  
Zu erfragen in der Geschäfts-stelle am Markt (Kaufm., Metz.).  
**CHRONIK**  
**VON NEBRA**  
Heft 2  
zum Preise von RM. 1.80  
vorh. Heft 3 und Folge  
sowie nach Erscheinen lieferbar.  
Walter Schwarz, Nebra

Alle Farben, Lacke, Pinsel  
kauft man am besten im  
**Farb-geschäft**  
**Walter Gulsmuths.**  
**Sommersprossen,**  
alle Flecken im Gesicht  
beseitigtsp. Creme „Odin“.  
Drogerie Gulsmuths, Nebra;  
Drogerie Leschke, Querfurt.

**Drucksachen**  
aller Art  
in Herstellungsmaterial ausbe-  
reitetung liefert billigst die  
Buchdruckerei W. Sauer  
Reiloben



# Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 80 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Arien.

Nr 67

Donnerstag, den 5. Juni 1930

43. Jahrgang

## Eine folgenschwere Sitzung.

**Arbeitslosenversicherung und Finanzen.**  
Berlin, 4. Juni.  
Das Reichskabinett ist am Dienstagabend um 6 Uhr zusammengetreten. Die Kabinettsitzung galt den Vorschlägen des Reichsarbeitsministers Dr. Giegener zur Reform der Arbeitslosenversicherung und den Plänen des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zur Entlastung der Reichskasse und des Etats. Von den erlernten heißt es, daß sie durch Abstellung von Mißbräuchen und durch andere Reformen in der Arbeitslosenversicherung rund 4 Milliarden erbringen sollen, wobei die Einnahmeerhebungen aus der Erhöhung der Beiträge noch außer Betracht bleiben. Hinsichtlich der Ausgabenentlastung ist neues über die am Montag bekanntgewordenen Beiträge hinaus noch kaum festzustellen.

In Regierungskreisen wird nach wie vor bezweifelt, daß das Notopfer für die Festbesoldeten als Beitrag zur Deckung des Defizits noch eine besondere Rolle spielt, während auf der anderen Seite nicht zu bezweifeln ist, daß Inflation immer noch an diesem Gedanken festgehalten wird.  
Hebrings muß man auch auf Seiten der Regierung damit rechnen, daß beim Scheitern erlangener Vorschläge wieder auf diesen Ausweg zurückgegriffen werden kann. Es heißt überhaupt an allen Finanzplänen wie schon seit Jahrzehnten in Deutschland eine einheitliche volkswirtschaftliche Linie.

Dabei ist jetzt ein Ereignis eingetreten, das selbst die unbedingten Anhänger ihrer Finanzpolitik von Fall zu Fall stützen machen mußte.

Die Steuereingänge des Reiches sind — und aus ähnlichen Gründen auch die Zollleistungen — trotz der nachsichtlichen wegen der Vermehrung und Erhöhung der Steuern vermindert worden. Der Grund ist hier die deutsche Wirtschaft ist übermäßig leistungsfähig.

Das sollte zu einem Warnungssignal werden. Finanzreformen von jetzt an nicht mehr nach den Augenblicksbedürfnissen und Wüten der Raffe, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treiben und vor allem ein gesundes Verhältnis zwischen den Anforderungen des Reiches und der Kaufkraft und Steuerkraft der Bevölkerung herbeizuführen.

## Eine unangenehme Überraschung.

100 Millionen Reichsmark für die B. 3. J.  
— Frankfurt a. M., 4. Juni.  
Die Einlage, die die Reichsregierung laut der Anlage drei des Hager Abkommens an die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich zu entrichten hat, ist bei der B. 3. J. geleistet worden.

Die Einlage soll — unverzinst — 50 Prozent des Durchschnittsquotens der Reparationsgläubiger betragen, 100 Millionen Reichsmark aber nicht übersteigen. Da die Mindesteinlage, welche die Gläubiger zu entrichten haben, nach der Anlage 8 des Hager Abkommens 125 Millionen Reichsmark betragen, so muß Berlin mit einer Einlagequote von etwa 60—65 Millionen gerechnet und dementsprechend im neuen Etat einen Betrag von 65 Millionen unterbreiten, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er je nach den tatsächlichen Erfordernissen auch erhöht werden könne. Da der Generalrat, wie sich aus seinen letzten Beschlüssen ergab, im Monat Mai offenbar auf einen besonders hohen Saldo Gewicht legte, hat der monatliche Durchschnittsbetrag rund 205 Millionen Reichsmark erreicht. Infolgedessen hätte die Reichsregierung heute nicht 65 Millionen, sondern volle 100 Millionen Reichsmark als Einlage an die B. 3. J. zu zahlen. In den kommenden Monaten wird die deutsche Einlage auf den halben Durchschnittsbetrag der Gläubigerquoten in den vorausgehenden Monaten abgestimmt, und man erwartet, daß dann ein Teil der heute geschuldeten Einlage wieder an das Reich zurückfließen werde, weil sich die Zahlungsquoten leicht werden, sobald die B. 3. J. ihre volle Tätigkeit aufgenommen hat. Immerhin war es für die Reichsregierung keine angenehme Überraschung, daß sie statt der erwarteten 65 Millionen nunmehr für eine Zeit lang 100 Millionen Reichsmark zu zahlen hat, dies umso mehr, als der Rest des Referendums des Sammilions 35 Millionen Reichsmark, ursprünglich als Deckung für andere Ausgaben des außerordentlichen Haushalts in den Etat eingeleitet worden war.

## Die neuen Botschafter.

Fortführung des Rekrutements.  
Berlin, 4. Juni.

Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nunmehr vollzogen. Botschafter Schamer in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Rufstand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard

von Bülow ernannt worden. Herr von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übergeben.

Der neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der bisherige Dirigent  
**Dr. Bernhard Wilhelm von Bülow**, steht im 45. Lebensjahr und ist ein Neffe des verstorbenen Reichsanwalters Fürsten Bernhard von Bülow. Bülow habierte zuerst und wurde im Jahre 1912 als Attaché in das Auswärtige Amt berufen und zunächst der Postfach in Washington anvertraut. Im April 1913 kehrte er ins Auswärtige Amt nach Berlin zurück. Im Mai 1916 wurde er in die Gesandtschaft in Athen als Legationsrat berufen. Ins Auswärtige Amt zurückgekehrt nahm er im Juni 1919 den Abschied. Im Januar 1923 trat er wieder in den diplomatischen Dienst und ist seither mit der Leitung im A. A. beauftragt. Im Oktober 1924 erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Legationsrat.

Freiherr Konstantin von Neurath, der als Nachfolger des Botschafters Schamer nach London geht, steht im 58. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat er im Jahre 1901 in den Konsulardienst. Von 1903 bis 1908 war er Botschafter in London. Im Sommer 1914 kam er als Botschafter nach Konstantinopel; im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Kabinettschef des Königs von Württemberg. Im Januar 1919 wurde er Botschafter in Kopenhagen, von wo er im Jahre 1922 als Botschafter am Quirinal nach Rom verließ wurde.

Dr. Karl von Schubert, der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und kommende Botschafter in Rom, ist 48 Jahre alt und in Berlin geboren. Nach vollendetem Rechtsstudium trat er im Jahre 1906 als Attaché bei der Botschaft in Washington in den diplomatischen Dienst. In den Jahren 1908-10 wurde er im Auswärtigen Amt verwendet, bis er 1910 Legationsrat in Straßburg und 1911 in Lissabon wurde. Im Jahre 1912 kam er in gleicher Eigenschaft nach London. Nachdem er kurze Zeit bei der Gesandtschaft in Bern Verwendung fand, wurde er 1920 Vizelegationsrat und Legationsrat im Auswärtigen Amt. Dort übernahm er 1921 als Ministerialdirektor die Leitung der Abteilungen England und Amerika, bis er nach der Ernennung des bisherigen Staatssekretärs von Bülow zum Botschafter in Washington dessen Nachfolger wurde.

## Ernennung im Auswärtigen Amt.

Berlin, 4. Juni.  
In Verbindung mit den jetzt erfolgten Ernennungen stehen bis zum Herbst im Auswärtigen Amt eine Reihe von Veränderungen bevor, die den Gesamtschwerpunkt einer Erneuerung in folgenden Stellen tragen werden. Die Entsendung über die Neubestellungen wird der neuernannte Staatssekretär von Bülow wesentlich mit beeinflussen.

Der Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Schneider, wird zum Herbst sein Amt aufgeben und sich seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen. In der Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient wird wahrscheinlich ebenfalls ein Wechsel eintreten und ebenso ist mit einem Wechsel in der Leitung der Kulturabteilung zu rechnen. Von besonderer Bedeutung ist der Wechsel in der Abteilung 4, der Auslandsabteilung. Wie es heißt, ist der bisherige Leiter dieser Abteilung, Ministerialdirektor Trautmann, an Stelle Kisters, der die Personalabteilung übernimmt, für den Generaldirektor in Wien auszuweichen. Die Neuernennung für diesen Posten wird von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Außenpolitik sein und wenn bisher auch demütiert wurde, daß ein Wechsel auf dem Mosauer Botschafterposten erfolgen soll, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß in Verbindung mit dieser Neubestellung auch eine Aenderung bei den Vertretungen in Moskau oder Angora vor sich geht. Für diesen Fall ist aber auch mit einem Geländewechsel in Warschau zu rechnen, und zwar ist der Botschafter in Wien, der jetzt an der Pariser Botschaft tätig ist, seit längerer Zeit für den Warschauer Posten auszuweichen.

Neben den Abteilungsleitern wird aber auch ein Direktorenwechsel erfolgen, und zwar wird der neue Staatssekretär von Bülow vorerst einmal einen Nachfolger für sich selbst in der Abteilung West- und Süd-Ost-Europa wählen müssen.

Alsdann muß auch an Stelle des Freiherrn von Richthofen, der nach Kopenhagen gegangen ist, ein Dirigent für die Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient ernannt werden. Wie verlautet, bezieht die Absicht, den bisherigen Geländen in Adria Albea, Brüssel, für eine leitende Stellung in dem Auswärtigen Amt einzurufen. Als sein Nachfolger ist der Vortragende Legationsrat Hoffmann, der bisher erfolgreich die Angelegenheiten des besetzten deutschen Eigentums in Amerika bearbeitet hat, in Aussicht genommen.

## Frankreichs Außenpolitik.

Die lang erwartete Rede Lardieus.  
Paris, 3. Juni.  
Ministerpräsident Lardieu hat in Dijon eine politische Programmrede gehalten, die den Auftakt zum Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten bildet. Außenpolitisch führte Lardieu aus, die Grundzüge der französischen Außenpolitik lägen fest. Zwischen Frankreich und Deutschland sei noch über wichtige Abkommen zu verhandeln gewesen. Hinsichtlich der Mobilisierung der Forderungen sei noch nichts erreicht gewesen, und doch sei die Mobilisierung das einzige Mittel, um an die Stelle der militärischen Garantien eine finanzielle Garantie zu setzen, durch die der Kredit Deutschlands mit der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen verbunden werde. Nunmehr aber werde vor Ablauf von zwei Wochen die Mobilisierung der ersten Tranche durchgeführt sein, mehr als hundert Millionen Dollar würden in die französischen Staatskassen fließen, und auf dem Weltmarkt werde die erste Young-Anleihe den Kredit Deutschlands mit der Liquidierung der Kriegsschulden solidarisch verbinden.

Wenn am 30. Juni mit der gestimmten Würde, ohne Eile, aber auch ohne Verzögerung entsprechend dem vor zwei Monaten von den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm die dritte Rheinlandzone geräumt sein werde, werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich in Kraft sein, und die finanziellen Garantien, die Frankreich stellen, als das Kabinett Lardieu die Regierung übernahm, würden Gestalt haben. Das ist ein finanzielles und ein politisches Ergebnis.

Auf die allgemeine Friedenspolitik übergehend, erklärte Lardieu, seine Regierung habe das Friedensverbot, das Irland in letzter Versammlung Kabinetts verlegt habe, weiter betrieben. Es sei günstig, daß die Politik der Demobilisierung Europas von Männern ratifiziert worden ist, die früher gehörten, die Politik zu billigen. Wer habe Dr. Stresemann einen Vorwurf daraus gemacht, daß er von weither zur Verhängungspolitik gelangt ist? Das Recht, das man dem deutschen Staatsmann nicht abgehehen hat, muß man in gleicher Weise auch allen französischen Abgeordneten lassen.

## Zum Schluß französische Fremdbildungen!

Schmeicheln Guillaumais für das Rheinland.  
Paris, 3. Juni.  
Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumont, gewährte einigen französischen Pressevertretern in Wiesbaden eine Unterredung, in der er sich zunächst über die landwirtschaftlichen Reize des Rheinlandes, als auch über den Umwärtig der Besatzungstruppen und vor allem die Gefinnung der Bevölkerung äußerte. Guillaumont zeigte sich über Mainz und Wiesbaden geradezu begeistert.

Er glaubt jedoch, daß der französische Einfluß auf die Bevölkerung von unwägender Bedeutung gewesen sei, wenigstens soweit es sich um Ackerfruchtbarkeit, wie Aebdung und Umgang, handle.

Der Abzug der Truppen werde immer wieder als eine technische Befraglichkeit hingestellt, in Wirklichkeit jedoch seien große Schwierigkeiten zu überwinden, da die Militärzüge den regelmäßigen Zugverkehr nicht stören dürften. Auch die Aufgabe der besetzten Wohnhäuser, Aufstellung von Anwesenheiten und die ganze technische Umwandlung der Besatzung mache große Schwierigkeiten.

hinführender befaßt sie alle anfangen.  
als auch von den die Suarab so Engländer und als den für alles

## Rufen.

Hinführender befaßt sie alle anfangen.  
Hinführender befaßt sie alle anfangen.  
Hinführender befaßt sie alle anfangen.



## Stain fest ab.

Katlin über Auslands internationale Lage.  
Moskau, 4. Juni.

Der stellvertretende Kriegskommissar und stellvertretende Vorsitzende im Obersten Kriegs- und Revolutionsrat Unschicht wurde auf Beschluß des Präsidiums des Volkskongresses seines Postens entlassen. Zu seinem Nachfolger wurde der frühere Oberbefehlshaber der fünften Roten Armee im Fernen Osten Uboreschich und der außerordentlichen politische Kommissar der Roten Armee Gamarnik ernannt.

